

## SED „säubert“ ihren Presseverband

### Kadersterben in den sowjetzonalen Redaktionen

Von der Öffentlichkeit nur wenig beachtet, vollzieht sich seit einigen Tagen ein umfassender Personalwechsel in der kommunistischen Presse der Zone und Ostberlins. Während die Kulturbund-Zeitung „Sonntag“ in noch nicht zu übersehendem Umfang redaktionellen Veränderungen unterworfen wird, mußte das satirische Blatt „Eulenspiegel“ bereits eine erhebliche Anzahl seiner Mitarbeiter vor die Türe setzen. Im Zentralorgan „Neues Deutschland“ werden verschiedene Ressorts mit neuen Leuten aus der Provinz besetzt. Die SED-Massenzeitung „Wochenpost“ aber verlor ihren halben Redaktionsstab mitsamt Chefredakteur Rudi Wetzel. Der gleiche Rudi Wetzel war einstmalig Chef der gesamten sowjetzonalen Presselenkung beim SED-Zentralkomitee und wurde nun am Wochenende auch aus dem Amt eines Vorsitzenden des ostdeutschen Presseverbandes exmittiert.

Alle Gemaßregelten hatten die kurze Periode geistiger Freiheit, die das Eis des Stalinismus nach dem Tauwetter in Polen und Ungarn zu schmelzen versprach, zu hoffnungsfroh begrüßt und versucht, in ihren Zeitungen eine offenere Sprache zu führen.

Wetzel forcierte in der „Wochenpost“ die Diskussion um die „Demokratisierung“ und um die Dezentralisierung des Staatsapparates. Der „Eulenspiegel“ verspottete die „vor den Zeichen der Zeit fliehenden“ Stalinisten und übersah zu seinem Unglück, daß diese nur hinter der nächsten ideologischen Kurve in die neue Bereitschaftsstellung gegangen waren. Der „Sonntag“ war, wie die SED heute glauben machen möchte, zu einer „partei feindlichen Tribüne“ des kommunistischen Abweichtlers Harich geworden. Die Zeitungen des Verlages „Die Wirtschaft“ hatten sich „revisionistische Auffassungen verschiedener Nationalökonomien“ zu eigen gemacht. Der Presseverband aber, unter der gleichen Leitung wie die angegriffene „Wochenpost“, hatte nach Meinung der Partei in seiner Kontrollbefugnis versagt. Zuviel „undefinierbare Elemente“ hatten den Presseausweis eines Ostjournalisten erhalten, zuviel Nichtkommu-

nisten wurden in die Redaktionen der Massenzeitungen hineingebracht.

### „Dann druckt doch Plakate!“

Wetzel, bis Ende 1953 oberster Pressekontrollleur, kannte die Misere der kommunistischen und „überparteilich“ getarnten Zeitungen. Als er am 1. 12. 1953 die „Wochenpost“ gründete, versuchte er etwas völlig Neues zu bringen. „Das Alte nimmt uns niemand mehr ab!“ sagte er. „Entweder, wir bringen lediglich interessante Zeitungen auf den Markt oder Informationsblätter für Regierung und Partei! Für Letzteres aber brauchen wir keine Journalisten und Redakteure!“ Und: „Wenn Ihr das wollt, dann druckt doch einfach Plakate und pappt sie an jede Häuserwand...“

Das war zur Zeit des „Neuen Kurses“. Man verzieh Wetzel diese Ketzerei, und der Erfolg seiner „Wochenpost“ schien ihm recht zu geben. Tatsächlich war die für unsere Begriffe noch immer langweilige „Wochenpost“ in der Zone bereits ein durchschlagender Erfolg. Jetzt haben die Doktrinäre gesiegt. Wetzel ist politisch über Nacht ein toter Mann geworden. Die ihm folgten, treten stillschweigend ab. Über die Redaktionen senkt sich — wie einst — die

Düsternis langweiliger Kommentare und ideologischer Erziehung des Lesers.

### Instrument der SED

Wie aber steht es mit dem Presseverband? Er vertritt rund 5500 sowjetzonale Journalisten, darunter etwa 2500 Angehörige der SED. Seinem Zentralvorstand gehören 42 SED-Mitglieder an, zwei Angehörige der Ost-CDU, und jeweils zwei der LDP, der NDPD und der „Demokratischen Bauernpartei“. Im Präsidium befinden sich elf SED-Mitglieder und je ein Angehöriger der hier erwähnten „Blockparteien“.

Da dem Presseverband die Kadenschulung für sämtliche Redaktionen mit Ausnahme der offiziellen SED-Zeitungen obliegt, ist sein Wirken von nicht geringem Einfluß auf das künftige Gesicht der sowjetzonalen Presse. Ein Mann wie Wetzel an seiner Spitze vermochte noch journalistische Belange aus eigener Praxis zu vertreten. Sein Nachfolger wird dies kaum noch tun: Es ist Georg Krausz, der außenpolitische und ideologische Redakteur des „Neuen Deutschland“, ein für seine inhaltlosen und knochentrockenen Artikel bekannter Parteibürokrat.

Noch ist nicht zu übersehen, wie weit die Presse-„Säuberung“ des SED-Zentralkomitees Kreise schlagen wird. Vorerst haben die meisten Redaktionen ihre „unsicheren“ freien Mitarbeiter an die Luft gesetzt. Die Furcht vor jedem gefährlichen Wort, die Angst vor der allzu offenen Sprache, hat die Redakteure wie auch die Funktionäre befallen. Der Leser spürt es zwischen den Schlagzeilen, wenn er seine Morgenzeitung liest.



## Die Antwort an Bulganin

DT. Wenn im sowjetischen Außenministerium ein Minister geht und ein anderer kommt, dann sind die Motive und Ziele dieses Wechsels stets schwer zu erkennen. Die Entscheidung fällt nämlich in der Dunkelkammer des führenden Parteigremiums. Da sie keine öffentliche Erklärung verträgt, bleibt das, was wir gern wissen möchten, streng verborgen. Nur selten und dann sehr viel später lüftet sich der Schleier, der den Wechsel umgibt. Als zum Beispiel Anfang Mai 1939 die sowjetische Presse die Welt mit der Nachricht überraschte, daß der damalige Außenminister Litwinow abgesetzt worden war und Ministerpräsident Molotow zusätzlich das Außenministerium übernommen hatte, da gab es zwar allgemeines Erstaunen, aber keine Erklärung. Erst später erkannte man, daß Litwinow, der ein Anhänger der Zusammenarbeit mit den Westmächten gegen Hitler und außerdem Jude war, dem nationalsozialistischen Diktator geopfert worden war, um den Weg zum deutsch-sowjetischen Pakt zu erleichtern. In jener Meldung der Sowjetpresse war also ein grundsätzlicher Wandel der sowjetischen Politik bereits eingeschlossen — oder wenigstens die Bereitschaft zu ihr, die nicht wenig zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges beigetragen hat.

Die späteren Veränderungen im sowjetischen Außenministerium blieben diesem Vorgang gegenüber belanglos. Als in den Jahren nach der Blockade Molotow durch Wyschinski und Wyschinski wiederum durch Molotow ersetzt wurde und im vergangenen Jahr Molotow durch Schepilow, den Kurzfristigen, da blieben diese Veränderungen auf den Kurs der sowjetischen Außenpolitik ohne spürbaren Einfluß. Schepilow war als neuer Mann manchen eine Hoffnung, die annahm, daß er die Abkehr vom Stalinismus auch in der sowjetischen Außenpolitik verdeutlichen sollte. Die Abkehr vom Stalinismus aber wurde in den Satelliten-

ländern anders verstanden als im Kreml selbst, und es kann sein, daß Schepilow das Opfer dieses Mißverständnisses geworden ist, das die sowjetische Politik so schweren Belastungen ausgesetzt hat.

### Wechsel ohne Änderung

Sein Nachfolger Gromyko ist kein unbeschriebenes Blatt; aber was auf dem Blatt verzeichnet ist, das ist nicht besonders ermutigend. Doch ist es müßig, spekulative Betrachtungen darüber anzustellen, was die Vergangenheit des neuen Außenministers für seine Tätigkeit in der Zukunft bedeutet. Das Dunkel der sowjetischen Außenpolitik liegt nicht in der Person des „Genossen Minister“, der als Funktionär der Partei in das Amt berufen wird, sondern in den Motiven und Zielen derer, die ihn berufen. Und dieses Dunkel ist fast undurchdringlich. Es erlaubt alle möglichen Kombinationen und Analysen, aber keine sichere Prognose. Wahrscheinlich bleibt auch für die nächste Zukunft die Erfahrung gültig, daß es in der sowjetischen Außenpolitik bis auf weiteres zwar manchen personellen Wechsel, aber keine wesentliche Änderung gibt.

Diese Änderung aber ist notwendig, wenn wir in den Problemen der Welt und vor allem in der Frage der deutschen Wiedervereinigung vorankommen sollen. Der Westen würde gern auf eine solche Änderung positiv reagieren, auf die er schon so lange wartet. Er tut sogar einiges und sollte es immer wieder tun, um den Sowjets eine grundsätzliche Änderung ihrer Haltung im Sinne größerer Bereitschaft zur Verständigung auch für sie selbst als nützlich erscheinen zu lassen.

In dieser Sicht begrüßen wir die von der Bundesregierung ergriffene Initiative zur Bildung einer von den USA, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik besetzten diplomatischen Arbeitsgruppe, deren Aufgabe es sein soll, die Probleme der Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit neu zu überprüfen und zu ihrer Lösung vielleicht neue Vorschläge auszuarbeiten. Das ist keine geräuschvolle, spektakuläre Aktion, die eingeleitet wird, um den ungedulden

Deutschen eine Aktivität vorzutauschen. Die neue deutsche Initiative erstrebt vielmehr eine stille, aber intensive Arbeit zur Überprüfung des gemeinsamen westlichen Standpunktes in den beiden genannten Problemen und seine vielleicht gebotene Anpassung an die fortschreitende Entwicklung.

### Freundschaft mit Moskau?

In der Botschaft Bulganins an Adenauer wird dieser Punkt leider nicht sichtbar, — nicht einmal eine Bewegung zu ihm hin. Im diplomatischen Verkehr zweier Völker macht nicht der Ton die Musik, sondern die tatsächliche Bereitschaft zu einer verständigen Lösung der unstrittenen Probleme. Nach den groben Tönen, die wir früher hören mußten, wirkt der plötzliche Übergang zu einer höflichen Sprache, die eigentlich selbstverständlich sein sollte, nicht überzeugend, sondern eher verdächtig. Die entscheidende Tatsache für uns ist, daß der Brief Bulganins nicht die leiseste Änderung der sowjetischen Haltung gegenüber der Frage der deutschen Wiedervereinigung erkennen läßt. Mit dieser Haltung Moskaus aber steht und fällt die Möglichkeit „freundschaftlicher“ Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

„Freundschaft“ ist ein starker Ausdruck für die Empfindungen gegenüber einer Macht, die uns in offenbar unfreundlicher Gesinnung nicht nur die Einheit unseres Landes vorenthält, sondern uns auch zwingen will, den Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft Deutschlands nach dem Bild ihrer „sozialistischen Errungenschaften“ zu formen. Im Rahmen „freundschaftlicher“ Beziehungen, die wir zum russischen Volke wirklich wünschen, sind solche erpresserischen Forderungen, die über das natürliche Recht und die Selbstbestimmung eines großen Volkes brutal hinweggehen, nicht gut möglich. Nicht gut möglich sind auch die von Moskau erwarteten deutschen Vorleistungen auf kommende freundschaftliche Beziehungen, weil das Vertrauen fehlt, daß sie in dem für uns entscheidenden Punkte, nämlich in der

(Fortsetzung auf Seite 3)



## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Gesamtdeutschland kann selbst entscheiden

Berlin (AP/DPA). Bundesminister Strauß äußerte seine Verwunderung darüber, daß seine Ausführungen vor dem Bundestag am 31. Januar erst jetzt ein lebhaftes Echo gefunden haben.

In der Bundestagsdebatte hatte Strauß erklärt, niemand in der Koalition vertrete die Ansicht, daß ein wiedervereinigtes Deutschland automatisch Mitglied der NATO sein müsse. Gesamtdeutschland werde sich im Rahmen seiner politischen Möglichkeiten frei entscheiden können. Es könne daher durchaus sein, daß zwar die Neigung und auch der Sicherheitswunsch Gesamtdeutschlands darauf hinauslaufen würden, einem militärischen Alliansystem des Westens anzugehören, daß aber harte politische Erfordernisse das deutsche Volk zu einer Entscheidung nach österreichischem Muster veranlassen könnten. An einem solchen Beschluß würde der Westen Deutschland nicht hindern wollen oder können.

## Polen drängt zur Entscheidung

DT. Das neue polnische Parlament ist zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Große oder gar erbitterte Auseinandersetzungen, wie sie der Tradition des Sejm entsprechen würden, sind nicht zu erwarten. Noch ist man sich in Polen und vor allem in seiner Kommunistischen Partei der weiterbestehenden Gefahr bewußt. Man wird versuchen, alles zu vermeiden, was die spärlichen freihetlichen Errungenschaften der unblutigen Oktober-Revolution gefährden könnte.

Der gegenwärtige Zustand des vorsichtigen Verharrens und gelegentlichen Abstastens ist kein Dauerzustand. In Polen wird eines Tages wieder sehr deutlich die Frage gestellt nach der tatsächlichen Weiterentwicklung der Liberalisierung und nach den ihr entgegenstehenden Hindernissen. Diese Frage wird sowohl angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftssituation gestellt werden, als auch aus Gründen der ideologischen Klärung. Diese ideologische Auseinandersetzung ist nur scheinbar erstarrt, aber gerade hier drängt alles nach Entscheidungen und klaren Formulierungen.

Daß die Welt und nicht zuletzt das geteilte Deutschland

mit größter Aufmerksamkeit die künftige Entwicklung Polens beachten werden, ist selbstverständlich. Es handelt sich dabei zwar um einen inneren polnischen Vorgang; doch die Auswirkungen müssen auf jeden Fall auch die Tendenzen der Außenpolitik beeinflussen, nicht nur der polnischen, sondern vor allem auch der sowjetischen. Und noch direktere Auswirkungen wären denkbar, zumindest auf die Nachbarländer Polens. Bei allen Sympathien für das Streben nach freier Selbständigkeit muß aber die polnische Entwicklung als interne Angelegenheit respektiert werden.

## Truppen-Rückzug

London (AP/DPA). Großbritannien erwägt, Teile der in Stützpunkten der ganzen Welt stationierten britischen Streitkräfte abzuziehen. Wie ein Sprecher des Verteidigungsministeriums am Dienstag sagte, werden die britischen Garnisonen auf der ganzen Welt zur Zeit unter diesem Blickwinkel überprüft. Außer der Bundesrepublik kämen insbesondere Libyen, Nordafrika, Hongkong und Gibraltar in Frage, aber auch andere Stützpunkte seien nicht ausgeschlossen.

## Die Antwort an Bulganin

(Fortsetzung v. S. 2)

Frage der Wiedervereinigung, auch honoriert werden. Jede deutsche Vorleistung, die nicht in einem verbindlichen Gesamtplan mit der Wiedervereinigung Deutschlands gekoppelt ist, würde heute die sowjetische Bereitschaft zur Lösung dieses Hauptproblems nur weiter abschwächen.

Das Gegenstück freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland, die Bulganin in seinem Brief an Adenauer beschwört und zugleich verhindert, ist allerdings nicht Feindschaft. Was heute zwischen den beiden Ländern möglich und sogar notwendig ist, das sind in der Form korrekte und in der Sache fruchtbare Beziehungen. Sie sollten so geartet sein, daß sie zu einem ständigen und verständigen Gespräch benutzt werden können, aus dem dann vielleicht

das zur Lösung der Probleme heute noch fehlende Vertrauen erwächst.

In diesem guten Willen wird der Bundeskanzler voraussichtlich bereits in der kommenden Woche den Brief Bulganins beantworten. In seiner Antwort wird er streng unterscheiden: er wird das, was die Bundesrepublik heute zur Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu tun vermag, in der Sache bejahen und fördern; aber er wird kategorisch das verneinen, was zu tun uns unmöglich ist. Unmöglich ist vor allem die Anerkennung der sowjetischen These von der „Realität zweier deutscher Staaten“. Unmöglich ist es ferner, durch Verhandlungen mit Pankow das kommunistische System auf den von Moskau klug erdachten Schleichwegen auch in ein wiedervereinigtes Deutschland einzuführen.



## Rockefeller-Brief — eine Fälschung

DT. Präsident Eisenhower erhält täglich aus seinem eigenen Lande und aus aller Welt sehr viele Briefe. Darunter sind vernünftige und auch unvernünftige. Doch den unvernünftigen „Geheimbrief“ des „amerikanischen Öl-Milliardärs“ Rockefeller, den das stalinistische „Neue Deutschland“ veröffentlichte, hat er wirklich nicht erhalten, und wenn er ihn erhalten hätte, dann würde das auf seine Politik sicher ohne Einfluß geblieben sein. Der Brief wurde auch nicht geschrieben. Er ist vielmehr, wie der Pressechef des Weißen Hauses, Hagerty, nach sorgfältiger Überprüfung aller fraglichen Akten und nach einer Unterredung mit Rockefeller feststellte, eine „völlige Fälschung“. In dem angeblichen Brief soll Rockefeller dem Präsidenten nahegelegt haben, die amerikanische Wirtschaftshilfe zu einer militärischen und wirtschaftlichen Beherrschung der Empfängerländer zu mißbrauchen.

Für die Fälschung sprach bereits die Länge des Briefes, die in verätherischer Weise an die ungewöhnliche Länge sowjetischer Noten und Briefe erinnert. Für die Fälschung sprach ferner von vornherein die bekannte sowjetische Methode, die wir so oft erlebt haben: nämlich in einer bestimmten politischen Situation den Gegner mit einem

„Dokument“ zu belasten, das bestimmte propagandistische Wirkungen hervorrufen soll. Die letzte Fälschung dieser Art war ein angebliches Schreiben Speidels, das Äußerungen grober Mißachtung über die französische Armee enthielt. Auf diese Weise sollte Frankreich gegen die Ernennung Speidels zum atlantischen Befehlshaber aufgepuscht werden. Im Falle Rockefeller sollten die Nahostdoktrin Eisenhowers verdächtigt und auch Polen mißtrauisch gemacht werden, das jetzt über eine amerikanische Wirtschaftshilfe verhandelt wird. In beiden Fällen handelt es sich, was auch ohne Dementi zweifellos feststeht, um nackte Erfindungen, die in einer sowjetischen Propagandazentrale produziert

und dann unter sorgfältiger Tarnung zur Veröffentlichung an kommunistische Zeitungen weitergegeben wurden.

Das ist genau wie seinerzeit mit den berühmten Kartoffelkäfern, die von amerikanischen Luftgeschwadern über der Zone abgeworfen worden sein sollen. Das war bisher die heisterste und zugleich dümmste Erfindung der sowjetischen Propaganda; obwohl sie Jahre zurückliegt, ist das Gelächter über sie auch heute noch nicht ganz verstummt. Solche Märchen haben allenfalls in der sibirischen Tundra noch Erfolg, aus der kommen, in Mitteleuropa wiken sie nicht. Bedauerlich bleibt nur, daß der Vorwurf Chruschtschows gegen Stalin, daß er die Geschichte gefälscht habe, auch für die Propaganda seiner Nachfolger gilt.

## Haas soll Antwort aus Moskau bringen

### Weitz will über Rückführung der Deutschen verhandeln

Bonn (Eigenmeldung). Botschafter Dr. Haas, der Ende dieser Woche von Bonn nach Moskau zurückkehrt, wird möglicherweise die Antwort Dr. Adenauers auf die Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin mitnehmen. Ein Regierungssprecher kündigte am Montag erneut an, daß die Botschaft Bulganins noch in dieser Woche beantwortet werden soll. Da der Bundeskanzler aber bis Mittwoch zusammen

mit Außenminister Dr. von Brentano in Paris ist, hält man eine Verzögerung für möglich. Unter Umständen müßte die Botschaft Dr. Haas nachgesandt werden, der sie dem sowjetischen Regierungschef persönlich übergeben soll.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz, fliegt nach Moskau, um mit dem sowjetischen Roten Kreuz und dem Roten Halbmond über die in Rußland vermißten, verschollenen und zurückgehaltenen Deutschen zu verhandeln. Weitz hat in der vergangenen Woche auch mit Dr. von Brentano und Dr. Haas verhandelt.

Grundlage für seine Verhandlungen sind die Vereinbarungen der Rotkreuzgesellschaften über die Familienzusammenführung, die vor einigen Jahren in Toronto getroffen worden sind und denen sich auch die sowjetischen Gesellschaften angeschlossen haben. Von einer Berufung auf diese Vereinbarungen verspricht sich das Rote Kreuz anscheinend einen besseren Erfolg als von einer Politisierung des Problems, wie sie auch in der letzten Botschaft Bulganins enthalten war. Es scheint, daß man deutscherseits nicht beabsichtigt, auf den sowjetischen Vorschlag zum Abschluß eines Konsularvertrages einzugehen,

## VEB-Kartoffelschalen in Schwerin

### Zwei Stadtteile für Abfallkübel

Berlin (Eigenmeldung). Schwerin ist jetzt in zwei sorgsam gegeneinander abgegrenzte Gebiete geteilt worden: In dem einen Stadtteil werden künftig nur noch „volkseigene Kübel“ für Kartoffelschalen und Küchenabfälle aufgestellt, der andere Stadtteil ist zum „Sammelgebiet für private Schaleninteressen“ erklärt worden.

Wie „Der Demokrat“ (Ost-CDU) berichtet, sei diese Trennung notwendig geworden, weil sich bisher oft Unbefugte heimlich an die aufgestellten volkseigenen Kübel hergemacht und die gesammelten Kartoffelschalen und Küchenabfälle an ihr eigenes Vieh verfüttert haben. Die Stadtverwaltung, „der

ja daran gelegen sein muß, daß sich ihre volkseigenen Schweine „sawohl“ fühlen und zu ihren Kartoffelschalen kommen“, hat daher den privaten Sammlern „ein bestimmtes, fest umgrenztes Sammelgebiet zugewiesen“. Die Grenze verläuft, wie die Zeitung ausführlich berichtet, „hinter dem Platz der Jugend entlang der Lutherstraße nebst Jägerweg über Burgsee-straße bis zur zweiten Schloßbrücke“.

Künftig werde man es „nicht mehr hinnehmen können, daß volkseigene Abfallbehälter leer gemacht werden, es sei denn allein durch die dazu berechtigten Sammler der städtischen Mästereien“.



So sind sie wirklich:

## Der neue Berliner SED-Chef

Kein schlechter Schrecken fuhr den Funktionären der Ostberliner SED-Bezirksleitung in die Knochen, als sie am letzten Freitagabend von der Ernennung des Genossen Hans Kiefert zum Chef ihres Unternehmens erfuhren. Bis zu jener Stunde nämlich waren sie — und mit ihnen alle übrigen Beobachter — der unumstößlichen Meinung, Bruno Baum, der bisherige 2. Sekretär, würde nun als Alfred Neumanns Stelle treten. Neumann selbst, inzwischen zum Sekretär des SED-Zentralkomitees befördert, hatte es so arrangiert. Die Ernennung Kiefert's traf auch ihn — den chancenreichsten Emporkömmling im Parteiapparat — als persönlicher Affront.

### Der „ewige Sekretär“

Das Entsetzen der Ostberliner läßt sich nach dem Studium von Kiefert's Biographie leicht begreifen, 1905 in Berlin als Sohn eines Maschinenarbeiters geboren, wurde Kiefert Tischlergeselle und kam 1920 als 15jähriger zum KJV, dem Kommunistischen Jugendverband. Er wurde der „ewige Sekretär“. Mit beängstigender Beharrlichkeit löste er die politischen Verwaltungsaufgaben der damals noch stark zersplitterten KJV-Organisationen und rückte über Wohngebiets-, Kreis- und Bezirkssekretärsposten in das Zentralkomitee des KJV.

Am längsten war der Parteibüro-Mitglied der KPD. Diese schickte ihn als KP-Sekretär nach Ludwigshafen, Frankfurt/Main und später Halle/Merseburg. Dort überraschte ihn die braune Machtergreifung. Kiefert ging in den Untergrund, wurde verhaftet, floh, lief der Gestapo in die Arme und trat einen langen Weg durch Zuchthäuser und Konzentrationslager an.

### Der Strukturplan

Als 1945 die aus der Sowjetunion heimkehrenden Kommunisten und die aus den KZ's entlassenen Opfer des vergangenen Regimes in gegenseitigem Mißtrauen etwas Neues

## HANS KIEFERT

aufbauen wollten, hielt sich Kiefert wohlweislich aus allem ideologischen und Intrigen-Kampf heraus. Wo es den anderen um die Besetzung der Posten ging, begann er, einen viel belachten und damals noch ungewöhnlichen „Strukturplan“ aufzustellen. Wenig später, als sich der neue Apparat schwerfällig einzuspielen begann, wurde die gesamte Berliner SED — es war nach der Zwangsvereinigung — nach diesem Plan organisiert. Kiefert aber baute die „Org.-Instrukturabteilung“ auf, den Kern künftiger Partei-Organisationen. Er entwickelte sich zum erstklassigen Partei-Bürokraten, wurde unentbehrlich und hatte selbst keinerlei Macht-Ambitionen. Ein ewiger „Parteisekretär“.

1950 schickte man ihn auf die Parteihochschule „Karl Marx“ nach Kleinmachnow, die er mit Auszeichnung in zwei Jahreskursen absolvierte. Nun übertrug ihm das Zentralkomitee die Bezirks-Parteikontrollkommission von Berlin. Es war die Zeit der großen Säuberungen und des „harten Kurses“. Kiefert säuberte. Er jagte die West-Emigranten aus ihren Funktionen, nur an die Moskauer-Emigranten wagte er sich — aus gutem Grund — nicht heran. Dann dämmerte der 17. Juni herauf. Kiefert hatte belastendes Material gegen seinen Chef, den Berliner SED-Sekretär Hans Jendretzky, gesammelt, und übergab es dem Zentralkomitee.

### Der Aufstand

Als dann in der Stalinallee der Aufstand begann, war Kiefert zum ersten Male in seiner Laufbahn völlig hilflos. Später warf man ihm „völliges Versagen“ dabei vor. Am 8. August 1953 wurde Jendretzky wegen Mitverschuldens der Juni-Ereignisse seines Postens entoben. Kiefert's Material hatte genügt. Einen Tag später aber wurde

dieser selbst nach Erfurt abgeschoben. Alfred Neumann, der neue 1. Sekretär, dachte nicht im Traum daran, einen so gefährlichen Schnüffler in seinem Haus zu dulden.

So wurde Kiefert Parteisekretär des Bezirks Erfurt. Sein Vorgänger, Erich Mückenberger, kam ins Zentralkomitee, als Chefplaner für die Landwirtschaft. Und Mückenberger konnte keinen besseren Nachfolger finden. Kiefert ließ alles so, wie er es in Erfurt organisiert hatte. Er schuf sich zwei starke Freunde im ZK: Mückenberger und den Organisationschef Schirdewan, der in Erfurt wiederum einen starken Rückhalt bekam. Der Erfolg: Auf dem 4. SED-Parteitag im April 1954 wurde Kiefert selbst Mitglied des Zentralkomitees, ein Jahr später Träger des „Karl-Marx-Ordens“ und tags darauf „Ehrenbürger“ von Berlin...

### Die Rückkehr

Als jetzt Alfred Neumann ins Zentralkomitee berufen wurde, wollten weder Mückenberger noch Schirdewan, daß ihr neuer, aufstrebender Kollege zuviel Macht bekam. Wäre Bruno Baum Sekretär geworden — und noch Stunden vor der Ernennung Kiefert's sah es so aus —, hätte Neumann allerdings eine ungewöhnliche Machtfülle besessen. Schließlich hatte er nicht ohne Grund Monate zuvor seinen anderen Stellvertreter, Hermann Axen, als Chefredakteur in das allmächtige SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ expediert...

Neumanns Mit-Sekretäre im ZK machten ihm nun einen Strich durch die Rechnung. Und Kiefert wird dort wieder beginnen, wo er am 9. August 1953 aufgehört mußte. Am vergangenen Dienstag hielt er seine erste Parteiaktivtagung ab. Sie stand im Zeichen eines neuen „starken Mannes“. Es scheint, daß man in den nächsten Wochen und Monaten noch einiges von diesem Mann zu hören bekommen wird.



## Was ist mit Jupp Angenfort?

Briefe an Bundespräsidenten — Strafvollzug in Ost und West

Es ist noch gar nicht allzulange her, da erreichten den Bundespräsidenten Hunderte von gesteuerten Briefen, die sich mit einem Paradeferd der kommunistischen Propaganda, Jupp Angenfort, beschäftigen. Der 33 Jahre alte kommunistische Spitzenfunktionär Josef Angenfort war am 4. Juni 1953 vom Bundesgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat und anderer Delikte zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seit der Verkündung des Urteils hat die Lautstärke der kommunistischen Propaganda zum „Fall Angenfort“ kaum nachgelassen.

In den Briefen an Theodor Heuss wurde eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, denen die Tatsachen gegenübergestellt werden sollen. Angenfort sei aus dem Zuchthaus Münster in das ehemalige Nazi-KZ Staumühle verschleppt worden, hieß es u. a. Nachdem er auf Grund der Haftzeit schwer an Tbc erkrankt sei, solle er nun durch die Verschleppung nach Staumühle ermordet werden. Ärztliche Hilfe sei ihm verweigert und in Staumühle sei er mit zwei anderen Häftlingen, die an offener Tbc erkrankt seien, in einer Zelle untergebracht worden.

Was ist die Wahrheit? Angenfort verbüßt seine Strafe in der Strafanstalt Münster. Bei einer der regelmäßigen ärztlichen Reihenuntersuchungen tauchte bei ihm der Verdacht einer Lungenerkrankung auf. Da auch eine Spezialuntersuchung durch das Gesundheitsamt Münster kein klares Ergebnis erbrachte, wurde Angenfort am 20. Dezember 1956 mit einem Kraftwagen in die ausschließlich für tbc-kranken Strafgefangene eingerichtete Sonderanstalt Staumühle gebracht, um von den dort zur Verfügung stehenden Fachärzten eingehend untersucht werden zu können. Diese Untersuchungen erbrachten das Ergebnis, daß es sich um einige alte verkalkte und völlig abgeschlossene Ansteckungsherde handelt. Am 28. Dezember wurde Angenfort daher wieder in die Strafanstalt Münster zurückgebracht.

Das also sind die Tatsachen. Sie zeugen überdies von der Sorgfalt, mit der die verantwortlichen Stellen des Strafvollzugs, der in der Bundesrepublik Sache der Länder ist, sich um das Wohl der Häftlinge kümmern.

Und die Hintergründe dieser

Hetze? Den vielen tausend Namen unschuldiger Menschen, die in der Sowjetzone und der Sowjetunion aus politischen Gründen eingekerkert wurden, steht nur eine verschwindend kleine Zahl von Fällen gegenüber, in denen Kommunisten vor ordentlichen Gerichten verurteilt wurden.

Es verbirgt sich aber hinter dem durchsichtigen Manöver noch eine andere Absicht. Mit der Aufzählung unrichtiger Einzelheiten über den Strafvollzug in der Bundesrepublik versucht man, die Diskussion auf die Ebene des Vergleichs der Bestimmungen für den Strafvollzug in Ost und West zu verschieben. Diese Bestimmungen lassen auf den ersten Blick keine beträchtlichen Unterschiede erkennen. Dem muß jedoch unmißverständlich entgegengehalten werden, daß

## Das ist der Unterschied

Zunächst einmal sind die Häftlinge in der Sowjetzone ganz im Gegensatz zu den Strafgefangenen im Westen auch heute trotz aller Bestimmungen noch weitgehend rechtlos. Die Versorgung der Haftanstalten der Sowjetzone mit Medikamenten ist nach wie vor äußerst mangelhaft. Die Ernährung der Gefangenen in der Sowjetzone ist trotz aller im Verlauf der letzten Jahre eingetretenen Verbesserungen noch immer so, daß die Bedauernswerten dringend auf zusätzliche Lebensmittelpakete ihrer Angehörigen angewiesen wären. Diese Möglichkeit aber wurde ihnen seit 1953 unter faden-scheinigen Begründungen vorenthalten und selbst anlässlich des letzten Weihnachtsfestes durfte sich nur ein Teil von ihnen — je nach Beurteilung durch die Aufsichtsorgane —

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren, Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2.  
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

nicht die papiernen Bestimmungen, sondern ihre Handhabung und die verschiedenen Voraussetzungen die Strafgefangenen im Westen im Vergleich mit ihren Schicksalsgenossen im Osten als außerordentlich bevorteilt erscheinen lassen.

dieser einmaligen Hilfe erfreuen.

Außerdem: Im Bundesgebiet zeichnen die Strafgefangenen, von Ausnahmen abgesehen, ihrer kräftigen Kost nach gesensnermaßen regelmäßige Gewichtszunahmen.

Endlich ist die Arbeit der Häftlinge in den Strafanstalten des Westens wohl richtiger als Beschäftigung zu kennzeichnen, wenn man vergleichend feststellt, daß die Arbeitskraft der Gefangenen in der Sowjetzone teilweise bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt wird.

Von all diesen und anderen völlig verschiedenen Voraussetzungen ist in den roten Propagandabriefen natürlich nicht die Rede. Sie tragen daher bereits bei ihrer Absendung die Abstempelung, die ihnen gebührt: „Zurück an den Absender!“





„Gromyko?? dei is doch der Erfinder  
des russischen Wortes Njet!“



Zu den eifrigen, aber sicher oft ärgerlichen Lesern des TAG gehört auch — wie unser Bild zeigt — der sowjetzonale Kulturminister Johannes R. Becher (SED). Auf einer Pressekonferenz in Ostberlin rechtfertigte er die Verhaftung des SED-Gesellschaftswissenschaftlers Dr. Wolfgang Harich. Links neben Becher: sein Stellvertreter Prof. Pischner.

## Lochs Entweder — Oder

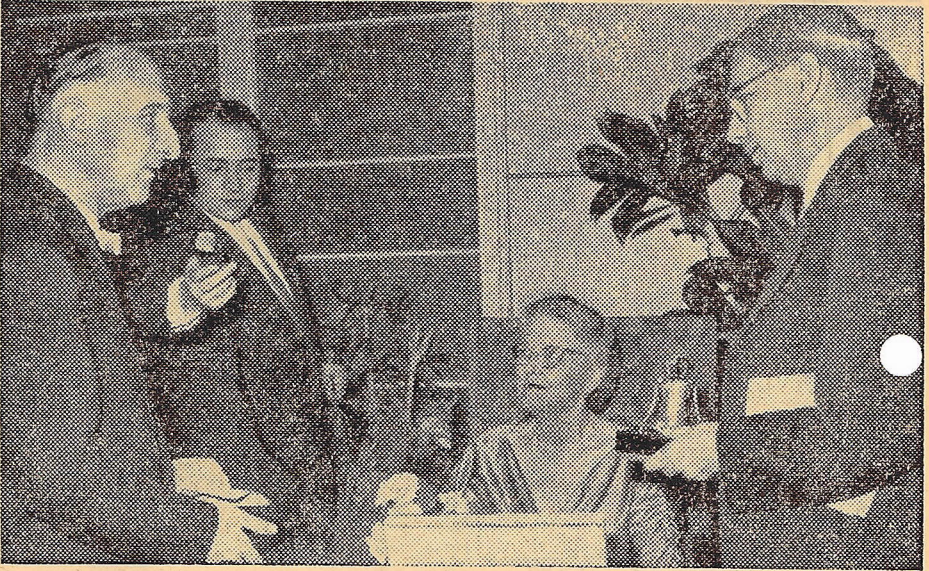
Ein feierliches Bekenntnis zum Sozialismus hat der Vorsitzende der „Liberal-Demokratischen“ Partei Dr. Loch, wie das Zentralorgan dieser Partei, „Der Morgen“, berichtet, soeben in Schwerin abgelegt. Er bezeichnete den Sozialismus als den einzig richtigen Weg; diese Erkenntnis verlange, „daß wir falsche gefühlsmäßige Vorstellungen in Kreisen des Mittelstandes überwinden“. Mit folgendem Entweder-Oder setzte der liberal-demokratische Kommunist den Nichtkommunisten seiner Partei die Pistole auf die Brust: „Entweder sind die entscheidenden Produktionsmittel im Besitz von Einzelpersonen oder -gruppen, dann herrscht der Kapitalismus, oder sie gehören den Arbeitern, Bauern und den anderen werktätigen Schichten, dann wird der Sozialismus aufgebaut. Wer von einer dritten Möglichkeit faselt, der will das Rad der Geschichte zurückdrehen.“

So spricht heute der Vorsitzende einer

Partei, die 1945 in ihrem Programm verkündete: „Die Erhaltung des Privateigentums und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung.“ Selbst im kommunistischen Parteiprogramm war damals mit der Unterschrift von Pieck und Ulbricht die Forderung zu lesen: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“ Hier gleicht ein Wort dem anderen, und doch war es ganz verschieden gemeint. Was die Kommunisten verkündeten, das war eine arglistige Täuschung, ein glatter Betrug.

An dem Rad der Geschichte, das über die liberal-demokratischen Grundsätze und über zahllose wirtschaftlich selbständige Existenzen der Zone hinweggegangen ist, hat Dr. Loch mit kommunistischem Schwung munter mitgedreht. Er ist ein Mustere exemplar der kommunistischen Umerziehung.





**BILDER DER WOCHE.** Oben: Dr. Conant nahm Abschied von Berlin. Der Regierende Bürgermeister Dr. Suhr (links) überreichte dem scheidenden US-Botschafter (rechts) eine Nachbildung der Freiheitsglocke in Silber. — Mitte: Mrs. Conant. — Unten: Die Tochter Bert Brechts (links) stand vor einem Westberliner Schnellgericht wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Rechts: SED-Anwalt Dr. Kaul. Mitte: Ein Zollbeamter als Zeuge.

